



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 07 / 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

vor rund zehn Jahren (2006 hieß es in einer Rede von Thomas Gebauer (medico international) zum 20. Geburtstag von Pro Asyl:

- „ (...) wo internationale Fangflotten die heimischen Küsten leer fischen und der Raubbau an natürlichen Ressourcen keiner Kontrolle mehr unterliegt,
- wo illegaler Holzeinschlag den Treibhauseffekt begünstigt und anstelle von Grundnahrungsmitteln Drogen angebaut werden,
- wo Elend, Gleichgültigkeit und Perspektivlosigkeit herrschen und sich die Eliten mit Hilfe von Klientelismus, Patronagenetzen oder Populismus an der Macht halten,
- wo das Entstehen von Warlordismus, feudaler Herrschaftsverhältnisse und Diktaturen begünstigt wird,

dort verlieren die Menschen ihre Lebensgrundlagen und dort wächst auch die Bereitschaft, sich anderswo auf der Welt nach Zukunft umzuschauen.“!



Dass Menschen in Not gerade in der reichen Bundesrepublik Deutschland Hilfe suchen, das überrascht nicht. Und so ist jetzt auch die Umweltschutzbewegung als wichtiger Teil der engagierten Zivilgesellschaft aufgerufen, den Flüchtlingen, die jetzt in die Bundesrepublik kommen, bestmöglich unter die Arme zu greifen.

Informationen: <http://www.proasyl.de>, <https://www.medico.de>,

Einen engagierten Start in den Herbst wünschen die BBU-Geschäftsstelle, die BBU-Newsletter-Redaktion und der BBU-Vorstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

30 Jahre BBU-Geschäftsführung in den engagierten Händen von Christine Ellermann

(UB) Seit dem 15. September 1985, also seit 30 Jahren (und schon wieder ein paar Tage mehr) ist Christine Ellermann unsere BBU-Geschäftsführerin. Wer sich an den Widerstand gegen die WAA Wackersdorf und gegen die atomare Aufrüstung in den 80er Jahren sowie an die vielen Jahre danach zurück erinnert, kann ahnen, über welches umfangreiche Wissen über die Umwelt- und Friedensbewegung Christine inzwischen verfügt. Von diesem Wissen profitieren immer wieder Rat- und Hilfesuchende, die sich bei Christine in der Bonner BBU-Geschäftsstelle melden.

Ohne Christines unermüdliches Wirken würde der BBU heute anders aussehen! **Danke Christine!**

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg schrieb in einer Gratulation an Christine: „Es hat sich bis ins Wendland rumgesprochen: Du bist jetzt 30 Jahre beim BBU dabei und damit Zeitzeugin, Mitwisserin, Bewegende und Bewegte! Gerüst und Garant für's Durchhalten im Kampf für eine bessere, atomfreie Welt. Dir alles Gute und danke für den langen Atem!“

Damit hat die BI, die schon lange BBU-Mitgliedsorganisation ist, wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen.

Stopp Fracking!

Der BBU bittet weiterhin um Spenden für sein Engagement gegen Fracking. Ausführliche Informationen dazu unter

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufruf%20Juli%202015.pdf>

Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden:

<https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>

2. Themenbereiche

Atomenergie

100 bei Kundgebung: Uranfabrik in Gronau und AKW Lingen sofort stilllegen!

In der Innenstadt von Gronau (Westfalen) haben heute (15. August 2015) rund 100 Mitglieder niederländischer und deutscher Umwelt- und Friedensorganisationen für die sofortige Stilllegung der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) demonstriert. Aktueller Anlass der Protestaktion war der 30. Jahrestag der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage. In Gronau wird seit dem 15. August 1985 Uran für den Betrieb in Atomkraftwerken vorbereitet. Seitdem haben sich immer wieder Störfälle in der Anlage ereignet; 2010 wurde dabei erstmals ein Mitarbeiter der Anlage verseucht. Betrieben wird die Urananreicherungsanlage vom Urenco-Konzern, der international tätig ist. Der deutsche Zweig ist jeweils zu 50% im Besitz von E.ON und RWE.

Bei der Kundgebung wurde über die Gefahren der Urananreicherung und der Urantransporte sowie über den langjährigen Widerstand informiert. Zudem wurden in weiteren Redebeiträgen die sofortige Stilllegung der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo, ein Einlagerungsverbot für weiteren Atommüll in der Ahauser Atommüllhalle und die sofortige Stilllegung der Nuklear-Brennelementefabrik in Lingen und des AKW Lingen 2 gefordert. Besonderen Beifall gab es für ein Grußwort der britischen Organisation „Close Capenhurst Campaign“, die sich für die Stilllegung der britischen Schwesteranlage der UAA Gronau im britischen Capenhurst engagiert. Saxophonmusik, eine Liedermacherin, Informationen über frühere und aktuelle Proteste und ein warnender Auftritt der „Atomianer“, der „Priesterschaft des Atommülls“, rundeten die Gronauer Protestaktion ab.

NRW-Landesregierung in der Pflicht

Die Veranstalter der Kundgebung, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, werteten die Aktion als deutliches Signal an die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf. „Die NRW-Landesregierung hat bisher alle Genehmigungen zum Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage erteilt. Es ist ihre Pflicht zum Schutz der Bevölkerung die Genehmigungen wieder aufzuheben“, so Mitorganisator und BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Atommüllprobleme auch in Gronau

Die Gronauer Uranfabrik unterliegt keiner Laufzeitbegrenzung und produziert vorwiegend Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke in aller Welt. Bei der Urananreicherung fällt in Gronau in großen Mengen Uranmüll an, sogenanntes abgereichertes Uranhexafluorid. Wo dieser Uranmüll letztlich verbleiben soll, ist völlig offen. Auch das vor wenigen Tagen verabschiedete „Nationale Entsorgungsprogramm“ der Bundesregierung schweigt dazu. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisiert, dass Bundesumweltministerin Hendricks sowie die ganze Bundesregierung, tatenlos zusehen, wie in Gronau immer mehr Atommüll produziert wird, der bisher unter freiem Himmel neben der Gronauer Urananreicherungsanlage gelagert wird – sofern er nicht bereits trotz Protesten der internationalen Anti-Atomkraftbewegung nach Russland und Frankreich verbracht wurde. Neben der Urananreicherungsanlage wurde eine Halle als „Zwischenlager“ für rund 60.000 Tonnen Uranoxid gebaut. Noch fehlt die Einlagerungsgenehmigung. Gegen Urantransporte von und nach Gronau haben Anti-Atomkraft-Initiativen immer wieder protestiert. Weitere Aktionen gegen die Urananreicherungsanlage und gegen Atomtransporte werden vorbereitet.

Spenden zur Unterstützung weiterer Proteste gegen die UAA Gronau sind willkommen. Diese werden auf das Konto des Natur- und Umweltschutzvereins Gronau (NUG) erbeten: Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Kontonummer: 143 196 100. Stichwort: UAA NEE! Weitere Informationen über die Gefahren der Urananreicherung gibt es u. a. unter www.bbu-online.de und www.uranstransport.de Telefonische Auskünfte: AKU Gronau, 02562-23125, BBU, 0228-214032.

BBU-Pressemitteilung vom 15.08.2015. Der BBU hat die Kundgebung mitorganisiert.

Zwischenfall / BBU fordert sofortige Stilllegung der niederländischen Uranfabrik in Almelo

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat nach einem Zwischenfall in der einzigen niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo die sofortige und endgültige Stilllegung der international umstrittenen Anlage gefordert. Gleichzeitig fordert der BBU mit dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau die sofortige Stilllegung der Schwesteranlagen in Gronau (NRW) sowie in Großbritannien und in den USA. Alle vier Anlagen werden vom Urenco-Konzern betrieben, an dem auch RWE und E.ON beteiligt sind. Die Uranfabrik in Almelo ist etwa 30 Kilometer von der deutsch-niederländischen Grenze entfernt. Einer Meldung der niederländischen Zeitung Tubantia zufolge hat sich am heutigen Donnerstag (27.08.2015) in der Urananreicherungsanlage Almelo ein Störfall mit Radioaktivitätsfreisetzungen ereignet. Zu dem Vorfall kam es in einem Raum, in dem angereichertes Uran aus Zentrifugen in Container eingespeist wird. In der Lüftungsanlage auf dem Dach der Uranfabrik wurde erhöhte Radioaktivität gemessen. In der Produktionshalle, in der sich der Zwischenfall ereignet hat, wurde der Betrieb eingestellt.

<http://www.tubantia.nl/regio/almelo/incident-in-verrijkingsfabriek-urengo-bepaalde-verhoging-licht-radioactief-materiaal-gemeten-1.5187246>

Der BBU verlangt umfassende Aufklärung darüber, wie sich der Störfall ereignen konnte und welche radioaktiven Stoffe in welchen Mengen freigesetzt wurden. Der Verband befürchtet, dass sich ein vergleichbarer Störfall auch in



der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) ereignen kann. 2010 wurde bereits ein Arbeiter in der Gronauer Anlage verseucht.

Urananreicherung bedeutet Unfallgefahren und Atommüllproduktion

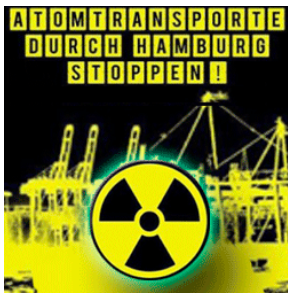
Die Urananreicherungsanlagen in Almelo und Gronau produzieren nuklearen Brennstoff, mit dem zahlreiche Atomkraftwerke in aller Welt betrieben werden. Die Urananreicherung ist mit der Gefahr von Produktionsunfällen, mit der Produktion von Atommüll und mit hochgefährlichen Urantransporten verbunden. Immer wieder wurde grenzüberschreitend gegen den Betrieb der Anlagen demonstriert. Wiederholt hat der BBU Einsprüche gegen den Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage gesammelt und noch am 15. August haben deutsche und niederländische Anti-Atomkraft-Initiativen in Gronau anlässlich des 30. Jahrestages der Inbetriebnahme der Gronauer Urananreicherungsanlage demonstriert. Und bereits in Vorbereitung ist eine Gedenkveranstaltung vor der Urananreicherungsanlage in Almelo: Dort soll im April 2016 an den 30. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe erinnert werden.

Weitere Informationen über die Urananreicherungsanlagen in Almelo und Gronau unter <http://www.laka.org>, <http://www.enschedevoorvrede.nl>, <http://www.bbu-online.de>, <http://www.urantransport.de/uran.html>.

BBU-Pressemitteilung vom 27.08.2015 (Nachtrag: Mitte Sept. waren noch immer Anlagenteile außer Betrieb).

Weiterhin Proteste gegen Urantransport von Hamburg nach Frankreich

Gegen einen aktuell rollenden Atomtransport, der als Bahntransport von Hamburg nach Frankreich fährt, gibt es weiterhin Proteste. Im deutschen Grenzort Perl an der deutsch-französischen Grenze wurde heute (16.09.2015) mit einer



Mahnwache gegen die zahlreichen grenzüberschreitenden Atomtransporte demonstriert. Um 15.00 Uhr beginnt heute (16.09.2015) eine weitere Mahnwache in Köln- Mülheim am Bahnhof, Frankfurter Straße. In mehreren Bundesländern werden mögliche Transportrouten des Zuges von Anti-Atomkraft-Initiativen beobachtet und weitere Aktionen vorbereitet. Zudem hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut ein sofortiges Transportverbot für Atomtransporte und grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen gefordert.

In einer gemeinsamen Kampagne führen Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände schon seit Tagen grenzüberschreitende Proteste gegen einen Uranerzkonzentrat-Transport von Hamburg nach Narbonne (Frankreich) durch. In einer Mitteilung der OrganisatorInnen

vom gestrigen Dienstag (15.09.2015) heißt es dazu:

„Nachdem das Schiff „Mikhail Dudin“ am Montag Uranerzkonzentrat im Hamburger Hafen bei der Firma C. Steinweg entlud, fuhr der Zug am Dienstag eine andere Route als sonst üblich – damit wich er zahlreichen Mahnwachen an der Transportstrecke aus – so unter anderem in Buchholz (bei Hamburg), Bremen und Münster.

Planmäßig kommt der Urantransport montags nach der Abfahrt mitten in der Nacht durch den Münsteraner Hauptbahnhof. Von 20 Uhr abends bis 7 Uhr morgens waren Aktivist_innen im Bahnhof vor Ort um gegen den Transport zu protestieren und verteilten Flugblätter zur Information an die Bahnreisenden. Doch der Transport fuhr erst am Dienstagmittag aus dem Güterbahnhof Maschen los und Richtung Hannover, also eine komplett andere Strecke. Die Auftaktaktionen in Kiel, Hamburg, Münster und Perl hatten den Transport wohl verschreckt.“

Weiter heißt es in der Mitteilung, dass es zumindest ein Teilerfolg ist, „dass die Transportunternehmen offensichtlich Angst vor öffentlichkeitswirksamen Protesten gegen die Atomtransporte haben. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Transporte zur Versorgung der Atomindustrie weltweit müssen endlich aufhören um zu einem echten Atomausstieg zu kommen!“

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU kritisiert, dass immer wieder versucht wird, Aktionen gegen Atomtransporte in die kriminelle Ecke zu drängen. In den nächsten Tagen stehen in Münster zwei AtomkraftgegnerInnen vor Gericht, denen vorgeworfen wird, einen Urantransport aus der Urananreicherungsanlage in Gronau im Sommer 2012 durch eine Ankettaktion gestoppt zu haben. Im bisherigen Prozessverlauf wurde deutlich, dass die Polizei oft keinerlei Ahnung über die Transporte hat, die sie vor Kritik schützt.

Der BBU wird seine Mitglieder und auch die ganze Bevölkerung weiterhin zur Teilnahme und Organisation von Protesten gegen Atomkraftwerke, Atomanlagen und Atomtransporte aufrufen. Auf Wunsch ist der BBU gerne bei der Planung von Informationsveranstaltung und von Protestaktionen behilflich. Kontakt: 0228-214032, <http://www.bbu-online.de>. Weitere Informationen:

- Zum Verlauf der Transporte: <https://twitter.com/urantransport>
- Zu den Aktionstagen: <http://www.urantransport.de/aktionstage-aktionen.html>
- Zu dem Prozess: <http://nirgendwo.info/steinfurt>
- Zur internationalen Uranindustrie: <http://www.wise-uranium.org/> und <http://www.uranium-network.org>

BBU-Pressemitteilung vom 16.09.2015

Nachtrag der BBU-Newsletter-Redaktion: Am 17. September 2015 ist wieder ein Urantransport per Bahn von Hamburg nach Frankreich gestartet. Auch dazu Informationen unter <https://twitter.com/urantransport>.

Wir sind keine Filmstars...

... sondern leisten weiter Widerstand

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) weist die Versuche der Endlagerkommission zu einer Beteiligungssimulation bei der Endlagersuche entschieden zurück. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Die Einbindung

der Öffentlichkeit dient lediglich der Akzeptanzbeschaffung für das völlig verfehlten Standortauswahlgesetzes (StandAG), das bekanntlich Gorleben als Endlagerstandort fortschleppt.“

Die BI veröffentlicht auf ihrer Homepage deshalb das Drehbuch dieser Bemühungen, die Öffentlichkeit scheinbar mit entscheiden zu lassen.

Die Versuche der Endlagerkommission, die Öffentlichkeit in einen Suchprozess einzubinden, folgen dem Drehbuch der beratenden Berliner Firma Prognos AG. Im Juli legte die Prognos AG ein Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Die aktuelle Einladung an alle Landkreise, Vertreter_innen in Workshops nach Berlin zu entsenden, soll den zentralen Aspekten “wie Akzeptanz, Legitimation und emanzipatorischer Mitgestaltung Rechnung tragen, heißt es in dem Konzept. Konstatiert wird zu Recht, so die BI, ein “gesellschaftlicher Vertrauensverlust, der durch den Umgang mit Kritik und Widerstand bei bisherigen Versuchen der Standortfindung entstanden ist.“

Die aktuelle Einladung an die Landkreise folgt der Konzept-Devise: “Die Kommission wird nicht definieren, welche Regionen dies sind. Ob eine Region zu dieser Gruppe gehört, können die Vertreter der Region selbst entscheiden.“ Die Kosten für die drei geplanten Workshops schätzt die Prognos AG, beliefen sich auf 90.000 Euro. Ehmke: “Wer hinfährt sagt folglich, wir sind potentieller Standort!“

Die Beraterfirma will auch die kritische Öffentlichkeit einbinden, die eine Mitwirkung in der Kommission derzeit ablehnen. Das soll über die Kontaktaufnahme zu einem Filmprojekt geschehen. Allein die Kontaktaufnahme zu den Gegnern_innen des Schachts Konrad und zu den Gorleben-Gegnern_innen wird mit 30.000 Euro veranschlagt. In dem Dokumentarfilm sollen die historischen Erfahrungen aller Beteiligten bspw. um Gorleben und Schacht Konrad “nicht wertend“ aufbereitet werden.

In Konzeptpapier heißt es: “Der Dokumentarfilm arbeitet deutlich die historischen Rahmenbedingungen auf, damit die bis heute stattgefundene Entwicklung deutlich wird. Gerade unter dem Aspekt der zukünftigen Suche und Auswahl des Standorts gehen wir von Interesse an dieser filmischen Aufarbeitung aus.“ BI-Sprecher Wolfgang Ehmke widerspricht: “Auf der einen Seite wird an den Standorten Gorleben und Schacht Konrad festgehalten, auf der anderen Seite sollen wir uns dafür hergeben, nicht-wertend die Fehler der Vergangenheit in einem Film zu dokumentieren, das ist schon dreist. Wir sind keine Filmstars, sondern leisten weiter Widerstand.“

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 18.09.2015, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Dokumentation: Das [Beteiligungskonzept der Prognos AG](#)

Fracking

Presseerklärung des bundesweiten Zusammenschlusses „Gegen Gasbohren“, 24.08.2015

GEGEN GASBOHREN geht gut vorbereitet in die kommende Auseinandersetzung um Fracking

Die im Zusammenschluss Gegen Gasbohren vertretenen Initiativen haben sich auf ihrem Bundestreffen am 22./23.8.2015 in Bielefeld auf die weitere Auseinandersetzung um das von der Bundesregierung vorgelegte Pro-Fracking-Recht vorbereitet. Eine verstärkte Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten und öffentlichkeitswirksame Aktionen stehen dabei im Mittelpunkt. Die Initiativen fordern die Bundesregierung auf, das Rechtsänderungspaket nicht zur Abstimmung in den Bundestag zu bringen und stattdessen ein Gesetz einzubringen, welches ein ausnahmsloses Fracking-Verbot im Bundesberggesetz festschreibt. Für die Zwischenzeit fordert Gegen Gasbohren ein sofortiges Moratorium für Fracking sowie für die Verpressung von Lagerstättenwasser und Flowback.



Auf besondere Kritik stießen die weitreichenden Folgen von Fracking, insbesondere Grundwasserkontaminationen, Gesundheitsschäden, Erdbeben und die Zerstörung ganzer Landschaften.

Inhaltlich hat sich der Zusammenschluss zu den Länderklauseln positioniert, die im Zusammenhang mit den geplanten Regelungen der Bundesregierung zu Fracking stehen. Gegen Gasbohren lehnt Regelungen ab, die es einzelnen Bundesländern erlauben, auf ihrem Gebiet Fracking zu ermöglichen. Stattdessen fordern die Initiativen weiterhin ein sofortiges bundesweites, ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking.

Intensiv diskutiert wurde die Verletzung der Aarhus-Konvention bei der geplanten Einführung des Pro-Fracking-Rechts sowie bei der Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen. Aktuell steht hierzu eine Klage der Aarhus Konvention Initiative vor dem Aarhus-Komitee wegen der Verletzung der Pflicht zur Erstellung einer Strategischen Umweltprüfung sowie der mangelnden Beteiligung der Öffentlichkeit an. Diese Klage wird vom Bundestreffen von Gegen Gasbohren unterstützt.

Betont wurde die Notwendigkeit der gemeinsamen internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel eines „International Ban on Fracking“. Auch dies steht in der kommenden Zeit auf der Tagesordnung. Weitere Informationen unter <http://www.gegen-gasbohren.de>. (BBU-Mitglieder nahmen an dem Treffen teil).

Klimaschutz- und Kohlepolitik

Klimabewegung erreicht neue Dimension - „Ende Gelände“- Massenaktion gegen Braunkohle-Tagebau

Bei der Aktion „Ende Gelände – Kohlebagger stoppen, Klima schützen!“ nahmen gestern 1.500 Menschen an einer erfolgreichen Blockade des Tagebaus Garzweiler im Rheinischen Braunkohle teil. Alle Bagger im Tagebau standen still, die Braunkohleförderung war unterbrochen. Die AktivistInnen setzten damit ein Zeichen für einen sofortigen Kohleausstieg und globale Klimagerechtigkeit. Im Vorfeld hatte das bisher größte Klimacamp in Deutschland mit über 1000 TeilnehmerInnen aus über 40 Ländern und allen fünf Kontinenten stattgefunden. Initiativen des lokalen Kohlewiderstands nahmen an Aktionen sowie einer Solidaritäts-Demonstration teil.

„Ende Gelände ist eine neue Dimension des Widerstandes gelungen. Menschen, die teilweise vorher noch nie gegen die Kohle protestiert haben, brachten den gesamten Tagebau von RWE zum Stillstand. Das ist ein großer Erfolg für die Klimabewegung und für jeden einzelnen der AktivistInnen“, sagt Martin Weis, Pressesprecher des Bündnisses.

„Im Sommer hat die Bundesregierung den Braunkohlekonzernen ein Milliardengeschenk gemacht, anstatt endlich mit dem Kohleausstieg ernst zu machen. Ende diesen Jahres sind auf der Klimakonferenz in Paris ebenfalls keine großen Schritte für den Klimaschutz zu erwarten. Deshalb nehmen Menschen den fossilen Ausstieg jetzt selbst in die Hand. Ende Gelände macht unmissverständlich klar, dass die Zeit gekommen ist, sich auch mit massenhaftem zivilem Ungehorsam für den Klimaschutz einzusetzen.“, so Weis weiter.

Trotz massivem Einsatz von Gewalt seitens der Polizei ließen die AktivistInnen sich nicht provozieren, sondern blieben wie zuvor vereinbart ruhig und besonnen. Nach Angaben der SanitäterInnen wurden über 200 AktivistInnen durch Pfefferspray und Dutzende durch Schlagstockeinsatz verletzt. 10 Platzwunden am Kopf mussten behandelt werden, sechs AktivistInnen mussten im Krankenhaus gebracht werden. Erschreckend war auch die intensive Zusammenarbeit von Polizei und privatem Sicherheitsdienst von RWE: So wurden RWE Geländefahrzeuge zum Transport von Polizeikräften genutzt. Werkschutz und Polizei umzingelten gemeinsam Gruppen von AktivistInnen und nahmen sie in zeitweiligen Gewahrsam. Insgesamt wurden rund 300 Personen in Gewahrsam genommen.

Die Vielfalt und Ausdauer des Kohlewiderstandes zeigt sich bereits am Folgetag der Massenblockade. Am heutigen Sonntag besetzten AktivistInnen aus dem Hambacher Forst einen Braunkohlebagger im Tagebau Hambach. Am kommenden Wochenende ist mit der Aktion „Andante an der Kante“ ein musikalischer Protest gegen die Braunkohle geplant. presse@ende-gelaende.org, <https://www.ende-gelaende.org>.

„Ende Gelände“ – Pressemitteilung vom 16.08.2015 (Ein BBU-Vorstandsmitglied war bei den Protesten vor Ort).

Naturschutz

Tagung „Wanderfische im Atlantik und im Rhein-Einzugsgebiet“

"Atlantic Salmon Summit - Hindernisse und Lösungen für die Wanderfische im Atlantik und im Rhein-Einzugsgebiet " vom 1.-3. Oktober 2015 in Huningue / FR (Nähe Basel). Die Veranstaltung wird simultan übersetzt werden (dt.,fr.,nl., eng.). 2015 wurde die bisherige Rekordmarke für den jährlichen Lachsaufstieg am Fischpass Iffezheim mit 103 Tieren aus dem Jahr 2002 erstmalig wieder übertroffen. Bereits bis Ende Mai konnten in Iffezheim 140 Lachse gezählt werden und auch der Maifisch ist im Rhein zurück. Über 40 Experten aus Europa und Übersee geben einen Überblick über die Zukunft des Atlantischen Lachses. Die Schirmherrschaft hat die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins (IKSR) übernommen. Anmeldung und weitere Informationen: www.salmon-summit.org. Für Studenten gibt es ein beschränktes Kontingent zur kostenfreien Teilnahme. Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an die Koordinatorin Fraus Corinne Forst (corinne.forst@rivernet.org, Tél +33 6 21 84 47 93). Organisator: WWF Switzerland & ERN France, contact@salmoncomeback.org

Quelle: Email-Zuschrift an den BBU.



Verkehrspolitik

FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland

UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt

Newsletter vom 7. September 2015

(Auszüge)

+++ 1. Gehen bewegt das Dorf +++

In vielen kleinen Gemeinden verödet das Dorfleben zusehends. Das liegt zum nicht unbeträchtlichen Teil an den fehlenden Menschen auf öffentlichen Flächen. Deshalb stellt FUSS e.V. „21 Thesen zur Revitalisierung von kleinen Dörfern“ zur Diskussion und erinnert daran, dass auch das Gehen bei der Dorfentwicklung zu berücksichtigen ist.

+++ 2. Flyer „Verkehrssicherheit contra Flüssigkeit“ +++

Wussten Sie, dass nach deutschem Verkehrsrecht die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer sogar wichtiger ist als der Erhalt der Flüssigkeit des Autoverkehrs? Es ist wirklich so! So steht es in der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) – Dank der Lobbyarbeit des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. Machen Sie Werbung für diese Aussage und verteilen Sie unsere kleine StVO-Aufklärungskarte mit „Pinnwand-Variante“. Sie erhalten den Flyer im DIN lang - Format wickelgefaltet: Auf der Außenseite finden Sie die entscheidenden Sätze aus der Verwaltungsvorschrift zur Flüssigkeit und Verkehrssicherheit sowie Quellenangabe, Nutzungshinweis und Impressum zum Nacheinander-Aufklappen z.B. zur Auslage bei Veranstaltungen.

+++ 5. Termin: Fachexkursion Begegnungszonen in Österreich +++

Seit zwei Jahren gibt es auch in Österreich "Begegnungszonen". Walk-Space.at, unser dortiger Schwesterverband, organisiert am 19.10.2015 eine Kurzexkursion zu interessanten Projekten in Ried/Inn und Linz. Die Exkursion eignet sich auch für die Anreise zur Walk 21, die am Folgetag in Wien beginnt

Den vollständigen Verkehrs-Newsletter (auch mit allen weiterführenden Links bzw. Hinweisen auf Bezugsquellen für gedruckte Informationen) bekommt man (gerne auch regelmäßig) bei:

- FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland
- UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt

Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin, Fon 030/ 492 74 73, Fax 030/ 492 79 72, info@fuss-ev.de, <http://www.fuss-ev.de>, info@umkehr.de, <http://www.umkehr.de>

Welthandel

Aufruf zur Großdemonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen! Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern, nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern; global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszuzugrenzen und transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

Hierfür gehen wir am Samstag, 10. Oktober in Berlin auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!

Quelle: Demoaufruf. Vollständiger Text des Aufrufs und weitere Informationen zum Ablauf der Demo sowie über Fahrmöglichkeiten unter <http://ttip-demo.de/index.php?id=22&z=200&o=place&d=a&s=6600&L=0>.

Auch der BBU ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.



3. Termine

Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 07 / 2015, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.09.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.